

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

26.05.2016

Pressemitteilung Nr. 17/797

Schwarz: Im Maßregelvollzug rächen sich heute die Fehler der CDU/FDP-Regierung

Die noch aus der Regierungszeit von CDU/FDP stammenden „Lockerungsvorschriften“ im Maßregelvollzug haben sich als unzureichend erwiesen: Uwe Schwarz, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, erklärt zur Unterrichtung über die Entweichung aus dem Maßregelvollzug Hildesheim im Sozialausschuss: „Jede Entweichung ist eine zu viel. Das Ministerium hat deutlich gemacht, welche Sofortmaßnahmen eingeleitet wurden, um schnell Verbesserungen zu erreichen.“

Derzeit werde mit Hochdruck gemeinsam mit den Leitungen der Einrichtung an einem Konzept gearbeitet, um „Lockerungen“ an die aktuellen Erkenntnisse anzupassen. Schwarz: „Nach dem letzten Vorfall hat die Sozialministerin unverzüglich eine neue Meldepflicht verfügt. Danach muss dem Sozialministerium jetzt immer gemeldet werden, wenn ein Gericht bestimmt, dass ein Patient seine Reststrafe im Maßregelvollzug verbüßen muss.“

Unabhängig davon hat die niedersächsische Sozialministerin in den letzten Jahren deutliche Personalerhöhungen vorgenommen und etliche bauliche Maßnahmen durchgeführt, um die Sicherheitsvorkehrungen im Maßregelvollzug weiter zu erhöhen und derartige Vorkommnisse zu vermeiden bzw. deutlich zu minimieren. „So sind z.B. in der Einrichtung in Moringen Dächer und Dachübergänge mit Stacheldraht nachgesichert worden. Die Ausgaben sind seit der Regierungsübernahme von rund 110 Millionen Euro auf zwischenzeitlich 142 Millionen Euro gesteigert worden“, erklärt der SPD-Sozialpolitiker Uwe Schwarz.

„Es ist erkennbar, dass es der CDU nicht um Sachaufklärung, sondern um Skandalisierung geht. Wider besseren Wissens soll Sozialministerin Rundt in Misskredit gebracht werden. Rücktrittsforderungen sind jedoch völlig fehl am Platz. Vielmehr sollte sich die CDU an ihre vergangene Regierungszeit erinnern“, betont der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Schwarz: „Schließlich wurde durch die Privatisierung der Kliniken unter der schwarz-gelben Landesregierung der fachpraktische Austausch erschwert bzw. abgeschnitten, was sich nun auch als zentraler Fehler herausstellt. Dieser und andere Fehler der CDU/FDP-Regierung rächen sich heute“, so Uwe Schwarz. „Die Zahl der Entweichungen aus dem Maßregelvollzug ist in den letzten Jahren nicht gestiegen, sondern konstant geblieben bzw. abgesunken. Aber der CDU-Führung geht es mal wieder nicht um Redlichkeit, sondern um Panikmache“, so Uwe Schwarz abschließend.